

# Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Julian Bergmann/Niels Keijzer\*

Kontroverse und langwierige Diskussionen im Europäischen Rat erschwerten die Neubesetzung der EU-Spitzenposten nach der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2019. Die von Jean-Claude Juncker geführte Europäische Kommission ging in die Verlängerung. Erst nach der Wahl Ursula von der Leyens zur Kommissionspräsidentin im Juli 2019 und der Vorstellung der designierten Kommissare im September 2019 konnte die neue Kommission schließlich am 1. Dezember 2019 ihre Arbeit aufnehmen.

Diese politischen Herausforderungen, die sich der EU in der zweiten Jahreshälfte 2019 stellten, betrafen auch wichtige Dossiers der EU-Entwicklungspolitik. Der Rat der EU und das Europäische Parlament hatten zwar entsprechende Verhandlungspositionen für die Rechtsgrundlage zur Regelung der Entwicklungsausgaben der EU für den Zeitraum 2021–2027 verabschiedet. Doch verhinderten die politischen Verzögerungen bei der Aufstellung der neuen Europäischen Kommission weitere Fortschritte bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Dies lähmte wiederum die Konkretisierung der entwicklungspolitischen Vision und Agenda der EU.

All diese Herausforderungen beeinflussten die EU-Entwicklungspolitik bereits bevor das Jahr 2020 eine beispiellose Wende nahm: Die globale Covid-19-Pandemie erschwerte seit März 2020 die Verhandlungen über ein internationales Abkommen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP), welches das Cotonou-Abkommen aus dem Jahre 2000 ablösen sollte, deutlich. Das Virus erschwerte auch die Bemühungen Brüssels um eine neue EU-Afrika-Strategie, die eine Grundlage für eine umfassende Partnerschaft mit Afrika bieten soll. In Abgrenzung zur chinesischen „Politik der Großzügigkeit“ propagiert die Union eine koordinierte Gesamtreaktion auf SARS-CoV-2, den „Team Europe“-Ansatz.<sup>1</sup> Der Begriff „Team Europe“ sollte auf eine gemeinsame und konzertierte globale Antwort der EU und ihrer Mitgliedstaaten verweisen. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Bereichen Entwicklungsfinanzierung und der Unterstützung des multilateralen Systems. Mit dem nahenden Ende der Haushaltsperiode war die Finanzkraft der EU in dieser Hinsicht stark eingeschränkt und weitestgehend auf den Rest des Jahres 2020 beschränkt. Die Möglichkeiten der EU, Entwicklungsländer in den nächsten Jahren bei der Bewältigung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen von SARS-CoV-2 zu unterstützen, hängen maßgeblich von der Verabschiedung eines neuen langjährigen EU-Haushalts ab. Die Europäische Kommission legte im Mai 2020 einen neuen Entwurf für diesen vor.<sup>2</sup>

## Die neue Kommission und ihre Agenda für die EU-Entwicklungspolitik

Bei der Vorstellung der designierten Kommissare der Europäischen Kommission im September 2019 stellte Kommissionspräsidentin von der Leyen klar, dass ihr Kollegium eine geopolitische Union verfolgen solle. Damit äußerte sie den Wunsch, dass die EU in

---

\* Die Autoren danken Anna Hörter für die redaktionelle Unterstützung und Ina Friesen für hilfreiche Kommentare.

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Zentralasienpolitik“ in diesem Jahrbuch.

2 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Europäische Kommission“ und „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

ihrer Außenpolitik strategischer, durchsetzungsfähiger und geeinter auftreten solle.<sup>3</sup> Diese Vorstellung einer stärker strategischen Orientierung der EU-Außenpolitik wird besonders in dem „Mission Letter“ an Jutta Urpilainen, der Kommissarin für Internationale Partnerschaften, hervorgehoben.<sup>4</sup> Die Namensänderung des Portfolios vom früheren Kommissar für „Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung“ (Neven Mimica, 2014–2019) zu „Internationale Partnerschaften“ verdeutlicht zunächst, dass die EU in ihrem Diskurs vom traditionellen Geber-Empfänger-Ansatz zunehmend Abstand nimmt. Stattdessen werden nun Multilateralismus und Partnerschaften auf Augenhöhe betont. Ob diese Änderung hauptsächlich semantischer oder inhaltlicher Natur ist, wird sich im Verlauf der Amtszeit der Kommissarin entscheiden.

Zugleich ist die angesprochene strategischere Ausrichtung der Kommission in der Aufgabenbeschreibung für Kommissarin Urpilainen klar sichtbar. Dem Brief zufolge besteht ihre Hauptaufgabe darin, eine Sicherstellung des Europäischen Modells der Entwicklungspolitik in Übereinstimmung mit den globalen Entwicklungen zu gewährleisten. Das Modell solle effektiv und strategisch sein, zur Erreichung der außenpolitischen Ziele der EU beitragen und finanzielle Ausgaben sinnvoll einsetzen.<sup>5</sup> Die Forderung einer stärker strategischen Orientierung der EU-Entwicklungspolitik steht somit im Einklang mit der „EU Global Strategy“ von 2016, die bereits eine flexiblere EU-Entwicklungspolitik entlang strategischer Interessen gefordert hatte.<sup>6</sup>

Das Ziel einer stärkeren Verknüpfung von EU-Eigeninteressen mit ihrer Entwicklungspolitik wird auch in Bezug auf den Themenbereich Flucht und Migration deutlich. Urpilainens „Mission Letter“ fordert die Kommissarin auf, umfassende Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern aufzubauen. Hierbei solle sie alle Instrumente und Hebel der EU nutzen und willens sein, bilaterale Entwicklungshilfe an die Erfüllung von EU-Zielen im Bereich Migrationsmanagement zu koppeln.<sup>7</sup> Letzteres impliziert, dass Hilfgelder an Drittstaaten gekürzt werden könnten, wenn diese in Migrationsfragen nicht (genügend) kooperieren sollten. Auch wenn dies im vergangenen Jahr in der Praxis noch nicht geschehen ist, wird deutlich, dass zukünftig eine stärker instrumentelle Ausrichtung der EU-Entwicklungspolitik zu erwarten ist.

### **Eine umfassende Strategie mit Afrika?**

Als Zeichen der sich verändernden globalen Weltordnung wurde Afrika im Sommer 2020 in zwei EU-Strategiepapieren prominent hervorgehoben. Sowohl die von Ratspräsident Donald Tusk vorbereitete Strategische Agenda des Europäischen Rates 2019–2024 als auch von der Leyens Politische Leitlinien vom 16. Juli 2019 unterstrichen die Bedeutung der Entwicklung einer umfassenden und gemeinsam mit Afrika verfassten Strategie.<sup>8</sup> Im

---

3 Europäische Kommission: Pressemitteilung. Kommission von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will. Brüssel, 10.9.2019, IP/19/5542.

4 Ursula von der Leyen: Mission Letter to Jutta Urpilainen, Commissioner for International Partnerships, 1.12.2019, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/commissioners/sites/comm-cwt2019/files/commissioner\\_mission\\_letters/mission-letter-urpilainen-2019-2024\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/sites/comm-cwt2019/files/commissioner_mission_letters/mission-letter-urpilainen-2019-2024_en.pdf) (letzter Zugriff: 27.8.2020).

5 Von der Leyen: Mission Letter to Jutta Urpilainen, 2019, S. 4.

6 Federica Mogherini: EU Global Strategy for Foreign and Security Policy, 29.6.2016, S. 48, abrufbar unter: <https://www.iss.europa.eu/content/global-strategy-european-union%E2%80%99s-foreign-and-security-policy> (letzter Zugriff: 27.8.2020).

7 Von der Leyen: Mission Letter to Jutta Urpilainen, 2019, S. 5.

8 Europäische Kommission: Fragen und Antworten: Auf dem Weg zu einer umfassenden Strategie mit Afrika. Brüssel, 9.3.2020, QANDA/20/375.

September desselben Jahres wurde von der Leyens designierte Kommissarin für Internationale Partnerschaften beauftragt, den Vorschlag der EU für diese umfassende Strategie in enger Zusammenarbeit mit dem designierten Hohen Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, zu entwickeln. Um erneut die hohe Relevanz der Beziehungen zu Afrika zu unterstreichen, unternahm von der Leyen am 7. Dezember 2019 ihre erste Reise außerhalb der EU-Grenzen nach Äthiopien, wo sie sowohl den äthiopischen Präsidenten Abiy Ahmed als auch den Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union (AU), Moussa Faki, besuchte. Hier kündigte sie ein bevorstehendes „Kommission zu Kommission“-Treffen (C2C) an, das am 28. Februar 2020 stattfand. Der reguläre alle drei Jahre veranstalteten AU-EU-Gipfel in Brüssel im Herbst 2020 musste aufgrund der Covid-19-Pandemie auf 2021 verschoben werden.

Am 9. März 2020, kurz nach dem C2C-Treffen, legten die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst eine gemeinsame Mitteilung vor, in der sie die Ideen der EU für eine umfassende Strategie mit Afrika präsentierten. Diese stellte eine Mischung aus semantischen Veränderungen sowie fortgesetzten thematischen Schwerpunkten wie in den jüngsten Initiativen dar, die unter anderem auf Investitionen, Technologie und die Schaffung von Arbeitsplätzen abzielten. Damit sollte eine solide Grundlage für die Erörterung der künftigen Beziehungen gebildet werden. Trotz der fortschreitenden Verbreitung von SARS-CoV-2 in Europa und obwohl Italien zu diesem Zeitpunkt bereits Beschränkungen des öffentlichen Lebens eingeführt hatte, bestand die EU darauf, dass die Mitteilung veröffentlicht werden sollte. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten zogen eine Woche nach der Veröffentlichung der Mitteilung nach. Daher sind auch die Folgen der Covid-19-Pandemie für die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Afrika im Strategieentwurf nicht berücksichtigt.

Eine weitere Herausforderung waren die anhaltenden Verhandlungen zwischen der EU und der AKP-Gruppe über ein internationales Nachfolgeabkommen zum Cotonou-Abkommen. Dieses Abkommen hätte bereits Ende Februar 2020 auslaufen sollen, doch das schleppende Tempo der Verhandlungen, die seit September 2018 laufen, erforderte eine Verlängerung des Cotonou-Abkommens bis Ende Dezember 2020, zeitgleich mit dem Ende des 11. Europäischen Entwicklungsfonds. Der Wunsch der EU, im Rahmen eines übergreifenden „Post-Cotonou-Abkommens“ jeweils regionale Teilabkommen mit Afrika, den Karibik- und Pazifikstaaten einzuführen, macht deutlich, dass die EU an den Beziehungen mit den AKP-Staaten festhalten möchte. Dass die „afrikanische Säule“ innerhalb der EU-AKP-Beziehungen parallel zu den bestehenden EU-Beziehungen mit der Afrikanischen Union beibehalten würde, macht die Verhandlungen noch komplizierter und erschwert es der EU letztlich selbst, bei der Verwirklichung ihrer Ambitionen einer umfassenden Partnerschaft mit Afrika voranzukommen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Aufrechterhaltung der Partnerschaft mit Afrika für die EU, die in dieser Hinsicht weiter investieren sollte, zu einer größeren Herausforderung geworden.

### **Die Covid-19-Pandemie und der „Team Europe“-Ansatz**

Schon früh nach dem Ausbruch der Pandemie in Europa begannen die EntscheidungsträgerInnen in Brüssel mit Beratungen zur Frage, wie sich die Union neben internen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auch an einer globalen Antwort auf das Virus beteiligen könne. Im politischen Diskurs betonte die EU, dass dies im Interesse Europas

sei. Kommissarin Urpilainen sagte dazu, dass es nur eine globale Antwort auf dieses weltweite Problem geben könne.<sup>9</sup>

Als europäische Antwort auf die Pandemie veröffentlichte die Kommission am 8. April 2020 eine gemeinsame Mitteilung, in der sie den EU-Beitrag zur globalen Bekämpfung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie darlegt. Kernbestandteil dieses Beitrags sind 15,6 Mio. Euro an Entwicklungshilfe und 5,2 Mio. Euro an Krediten durch die Europäische Investitionsbank zur Unterstützung der am meisten von der Krise betroffenen Partnerländer. Bei den Hilfgeldern handelt es sich im Wesentlichen um bereits getätigte Zusagen, die durch Umschichtung von Mitteln aus dem aktuellen MFR nun für die Bekämpfung der Covid-19-Krise eingesetzt werden.<sup>10</sup>

Um das zugesagte Geld möglichst schnell und effizient zur Verfügung zu stellen, wird mit dem „Team Europe“-Ansatz eine bessere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen EU-Politikfeldern, also Entwicklungspolitik, Humanitäre Hilfe, Nachbarschaftspolitik, sowie mit den Mitgliedstaaten verfolgt. Gemeinsame Prioritäten von „Team Europe“ stellen dabei erstens Notfallhilfen zur unmittelbaren Bewältigung der gesundheitlichen Herausforderungen und humanitären Bedürfnisse in Zusammenhang mit SARS-CoV-2, zweitens die Stärkung von Gesundheitswesen und Wasser- und Sanitärversorgung sowie die Verbesserung der Notfallvorsorge der Partnerländer als auch drittens die Bewältigung der unmittelbaren sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie dar. Zusätzlich will die EU im Rahmen der globalen Koordination der Krisenbekämpfung in multilateralen Foren wie den G7 und den G20 sowie den Vereinten Nationen auch einen starken kollektiven Beitrag leisten. In gemeinsamen Ratschlussfolgerungen vom 8. Juni 2020 bestätigten die für Entwicklungspolitik zuständigen MinisterInnen der Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für den „Team Europe“-Ansatz.

### **Die MFR-Verhandlungen über ein einheitliches Finanzierungsinstrument (NDICI)**

Am 27. März 2019 verabschiedete das Plenum des Europäischen Parlaments seine Stellungnahme zu dem vorgeschlagenen Instrument für Nachbarschaft, internationale und Entwicklungszusammenarbeit (NDICI, gemäß der englischen Abkürzung), die von seinen Ausschüssen für Außen- und Entwicklungspolitik gemeinsam ausgearbeitet wurde. Die EU-Mitgliedstaaten brauchten wesentlich länger, um sich auf eine eigene Position zu einigen und verabschiedeten schließlich am 13. Juni 2019 nur ein Teilmandat. Viele der wesentlichen Gestaltungselemente der vorgeschlagenen Instrumente, insbesondere die Integration bestehender Werkzeuge und die Einbeziehung von Mischfinanzierungen und Investitionsgarantien, gehörten zu den Fragen, zu deren Entscheidung sich der Rat noch nicht bereit sah. Erst Ende September 2019 nahm er sein Mandat für diesen letztgenannten Aspekt an. Auf dieser Grundlage nahm die finnische Ratspräsidentschaft am 23. Oktober 2019 dann Trilog-Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament auf.

Die Verhandlungen kommen seither nur langsam voran, was auch an den bereits erwähnten Verzögerungen bei der Ernennung der neuen Europäischen Kommission lag. Die Hauptgründe dafür waren jedoch die langsamen Fortschritte bei den Gesamtverhandlungen über den MFR, in dessen Rahmen die wichtigsten Gestaltungsentscheidungen für das Instrument bestimmt werden sollten. Die NDICI-Verhandlungen konnten nicht sinn-

---

9 Jutta Urpilainen: Commissioner Urpilainen: Team Europe with our partners against Covid-19, 28.3.2020, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/urpilainen/announcements/commissioner-urpilainen-team-europe-our-partners-against-covid-19\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/urpilainen/announcements/commissioner-urpilainen-team-europe-our-partners-against-covid-19_en) (letzter Zugriff: 27.8.2020).

10 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Mittelmeerpolitik“ in diesem Jahrbuch.

voll voranschreiten, da Aspekte wie die Integration des Europäischen Entwicklungsfonds, das Gesamtbudget sowie die geographische Verteilung noch von den EU-Führungspersonlichkeiten entschieden werden mussten. Nachfolgende Kompromissvorschläge („Verhandlungsboxen“) zum gesamten MFR, die von der finnischen Präsidentschaft (im Dezember 2019) und Ratspräsident Charles Michel (im Februar 2020) veröffentlicht wurden, sahen Kürzungen des ursprünglichen Gesamthaushalts der Kommission für das NDICI vor. Beide schlugen Reduzierungen des vorgeschlagenen NDICI-Budgets im Bereich von zehn bis 15 Prozent vor. Kurz nach dem Scheitern im Februar 2020 brach in Europa die Covid-19-Pandemie aus und brachte weitere Fortschritte beim MFR zum Stillstand.

Angesichts der veränderten Situation veröffentlichte die Kommission am 27. Mai 2020 einen überarbeiteten Vorschlag für den MFR, in dem das Budget für NDICI von 89,2 auf 96,4 Mrd. Euro (in laufenden Preisen) erhöht wurde. In dieser Aufstockung sind 11,4 Mrd. Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds („Next Generation EU“) enthalten, die zur Unterstützung der EU-Partner bei der Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie verwendet werden sollen. Echte Fortschritte – so zumindest die Erwartungshaltung – können jedoch nur bei physischen Treffen der Staatschefs erzielt werden. Diese fanden erstmalig wieder im Juli 2020 statt.

### **Humanitäre Hilfe**

Im Jahr 2019 stellte die EU Mittel für Humanitäre Hilfe in Höhe von knapp zwei Mrd. Euro in über 80 Ländern für die nächsten Jahre bereit. Der syrische Bürgerkrieg und seine humanitären Konsequenzen, insbesondere die Flüchtlingsströme in Syriens Nachbarländer, bildeten wie auch in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt der EU-Unterstützung. Allein 260 Mio. Euro gab die EU für humanitäre Bedürfnisse wie zum Beispiel Nahrungsmittel und primäre Gesundheitsversorgung im Bürgerkriegsland Syrien sowie in seinen Nachbarstaaten aus. Ein zweiter Schwerpunkt lag auf der Sahel-Zone, wo in sieben Staaten EU-Hilfen in Höhe von 187 Mio. Euro bereitgestellt wurde. Mit 115 Mio. Euro an Unterstützung für Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung und Bildung konzentrierte sich die EU außerdem auf den Bürgerkrieg im Jemen.<sup>11</sup> Daneben wurde in einer Vielzahl von weiteren Krisen- und Konfliktkontexten Humanitäre Hilfe bereitgestellt.

Als Reaktion auf die globale Ausbreitung von SARS-CoV-2 hat die EU zwischen Februar und Mai 2020 kurzfristig zusätzliche Gelder für Humanitäre Hilfe in Höhe von 80 Mio. Euro bereitgestellt. Zudem wurden bereits im Februar 2020 502 Mio. Euro an Hilfgeldern, die für andere Zwecke eingeplant waren, umgeschichtet, um den gesundheitlichen Folgen der Pandemie und den daraus resultierenden humanitären Bedürfnissen zu begegnen.<sup>12</sup> Im Zuge dieser Bemühungen wurde auch eine „Humanitäre Luftbrücke“ der EU eingerichtet, durch die der Transport von dringend benötigten Hilfsgütern zur Behandlung von SARS-CoV-2 in Länder wie die Zentralafrikanische Republik oder São Tomé und Príncipe geflogen wurden.

---

11 Europäische Kommission: Commission Implementing Decisions of 22.11.2019 amending Commission Implementing Decision C(2019) 17 of 11.1.2019 on the financing of humanitarian aid actions from the 2019 general budget of the European Union ECHO/WWD/BUD/2019/01000, Brüssel, 22.11.2019, C(2019) 8191 final.

12 Ina Friesen/Pauline Veron/Vera Mazzara: EU humanitarian aid: Caught between nexus and independence, April 2020, S. 14, abrufbar unter: [https://ettg.eu/wp-content/uploads/2020/04/Ettg\\_EU\\_Humanitarian\\_Aid\\_Brief\\_April\\_2020.pdf](https://ettg.eu/wp-content/uploads/2020/04/Ettg_EU_Humanitarian_Aid_Brief_April_2020.pdf) (letzter Zugriff: 7.7.2020).

Neben der Bereitstellung Humanitärer Hilfe lag auch im vergangenen Jahr ein Fokus der Kommission auf der Verbesserung der Koordination zwischen unterschiedlichen EU-Außenpolitiken, insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit und der Humanitären Hilfe, worauf sich die Mitgliedstaaten im Mai 2017 geeinigt hatten. Menschengemachte oder natürliche Krisen und Katastrophen sollten besser antizipiert, sich darauf vorbereitet und auf sie reagieren werden. Im Idealfall soll diese verstärkte Zusammenarbeit zu gemeinsamen Analysen, gemeinsamer Programmgestaltung und Umsetzung durch Partner der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit führen. Im Jahre 2018 hatte die EU mit der Implementierung dieses Nexus-Ansatzes in sechs Pilotländern (dem Tschad, dem Irak, Myanmar, Nigeria, dem Sudan und Uganda) begonnen. Der Fortschritt in der Umsetzung variiert jedoch stark von Land zu Land. Insbesondere in Nigeria und im Tschad haben sich Schwierigkeiten in der Implementierung ergeben. Daher hat der neue EU-Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, um einen regelmäßigen Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Nexus in den Pilotländern gebeten.<sup>13</sup>

### **Schlussfolgerungen**

Insgesamt waren die vergangenen zwölf Monate im Bereich der Entwicklungspolitik und der Humanitären Hilfe geprägt von zwei inhaltlichen Debatten: Zum einen von der Debatte über die zukünftige Ausrichtung und Mittelbeschaffung der EU in diesen Politikfeldern und zum anderen von der Debatte, wie die EU am besten zur globalen Bekämpfung der Covid-19-Pandemie beitragen kann und wie sie zukünftig auf die langfristigen sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie reagieren muss.

Die Tatsache, dass Vorschläge wie die zur Errichtung eines einheitlichen Instruments, dem NDICI, intensiv und kontrovers diskutiert wurden, zumindest soweit die übergreifenden Budgetverhandlungen dies zuließen, verdeutlicht die teilweise sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die Gestaltung dieser Politikfelder auf Seiten der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten. Gerade im Zuge der Bemühungen der EU, ihre unterschiedlichen Außenpolitiken im Sinne eines „integrierten Ansatzes“ und im Rahmen von „Team Europe“ besser zu koordinieren und enger aufeinander abzustimmen, treten diese Interessensdivergenzen und unterschiedliche Kooperationsphilosophien deutlich zu Tage. Auch in Zukunft werden diese Aushandlungsprozesse über die Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe sowie ihres Verhältnisses zu anderen Bereichen der EU-Außenbeziehungen ein Wesensmerkmal dieser Politikfelder bleiben. Gleichzeitig zeigt dieser Umstand jedoch auch die Anpassungsfähigkeit an veränderte Erwartungen und politische Rahmenbedingungen auf, die in Zeiten multipler Krisen neue Zielvorgaben und Lösungsansätze erfordern.

### **Weiterführende Literatur**

Julian Bergmann/Sarah Delputte/Niels Keijzer/Joren Verschaeve: The Evolution of the EU's Development Policy: Turning Full Circle, in: *European Foreign Affairs* 4/2019, S. 533–554.

---

13 Friesen et al.: EU humanitarian aid, 2020, S. 10.